

Hilfsaufruf für Gaza: Humanitäre Krise erreicht katastrophale Ausmaße!

Österreichische Hilfsorganisationen sensibilisieren für humanitäre Krise in Gaza. Presstetermin am 28. Mai 2026 in Wien.



Minoritenplatz 8A, 1010 Wien, Österreich - Am 26. Mai 2025 ist die humanitäre Lage im Gazastreifen katastrophal. Laut einem Bericht der **Österreichischen Presseagentur** werden die Grenzen des humanitären Völkerrechts dort täglich überschritten. Die israelischen Behörden blockieren dringend benötigte Hilfsgüter, was zu einer akuten Versorgungskrise führt. Die Bevölkerung leidet unter gravierendem Nahrungsmangel, fehlender medizinischer Versorgung und mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die gesundheitlichen Einrichtungen im Gazastreifen stehen vor dem Kollaps. Laut der Organisation Ärzte ohne Grenzen werden diese Stellen gezielt angegriffen, und der Krankentransport ist

stark eingeschränkt. Auch die Blockade hat dazu geführt, dass Medikamentenlieferungen und andere lebenswichtige Güter nicht mehr in ausreichendem Maße ankommen. Besonders betroffen sind die Menschen im Norden des Gazastreifens, die seit Monaten von lebensnotwendiger Hilfe abgeschnitten sind.

Hilfsaktionen und politische Forderungen

Um auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen, organisieren die österreichischen Hilfsorganisationen Ärzte ohne Grenzen und Caritas eine Fotoaktion. Diese soll die Öffentlichkeit sensibilisieren und die Regierung dazu bewegen, Maßnahmen zu ergreifen. So wird ein Pressetermin am 28. Mai 2026 vor dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien angekündigt, bei dem Laura Leyser von Ärzte ohne Grenzen und Alexander Bodmann von Caritas sprechen werden. Die Organisationen fordern die Außenministerin Beate Meinl-Reisinger auf, gegen die Blockade vorzugehen und die israelische Regierung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu bewegen.

Die Blockade durch Israel wird von Ärzten ohne Grenzen scharf verurteilt. Die Organisation stellt fest, dass die israelischen Behörden humanitäre Not als Druckmittel in Verhandlungen über einen Waffenstillstand nutzen. Am 9. Oktober 2023 kündigte der damalige Verteidigungsminister Yoav Gallant eine „vollständige Belagerung“ des Gazastreifens an. Dies hinderte die Zivilbevölkerung daran, Zugang zu lebensnotwendigen Hilfen zu bekommen, selbst in Zeiten einer erklärten Waffenruhe. Laut dem **Verfassungsblog** ist die Verweigerung humanitärer Hilfsleistungen während der Krise als politisches Druckmittel gegen die Hamas anstatt als legitime militärische Maßnahme zu verstehen.

Die Rolle des internationalen Völkerrechts

Der Konflikt wirft fundamentale Fragen des humanitären Völkerrechts auf. Insbesondere ist das Verbot des Aushungerns

der Zivilbevölkerung in den Genfer Abkommen verankert. Auch wenn Israel die Zusatzprotokolle von 1977 nicht ratifiziert hat, ist es an das humanitäre Völkergewohnheitsrecht gebunden. Der Internationale Strafgerichtshof hat bereits Haftbefehle gegen israelische Führer erlassen, da es keine erkennbare militärische Notwendigkeit für die Einschränkungen humanitärer Hilfen gibt.

Obendrein ist der Genehmigungsprozess für humanitäre Hilfe langwierig und bürokratisch, was die Situation weiter verschärft. Die Hauptentsalzungsanlage in Chan Junis war gezwungen, die Produktion aufgrund von Treibstoffmangel erheblich zu verringern. Statt 17 Millionen Litern pro Tag werden nur noch 2,5 Millionen Liter produziert. In diesem Kontext sind Hunderttausende Menschen in Gaza seit Kriegsbeginn ohne Strom und Nahrung, wie Ärzte ohne Grenzen berichtet.

Die humanitäre Lage und die fortwährenden Verletzungen des Völkerrechts im Gazastreifen bedürfen dringend internationaler Aufmerksamkeit und Reaktionen. Nur durch sofortige Maßnahmen kann das Überleben der Bevölkerung gesichert werden.

Details	
Vorfall	Humanitäre Krise
Ursache	Blockade, Nahrungsmangel, fehlende medizinische Versorgung, unzureichendes Trinkwasser, Militäraktionen
Ort	Minoritenplatz 8A, 1010 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.aerzte-ohne-grenzen.de • verfassungsblog.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at